



Pressespiegel

Ausgabe: 10.04.2019



IG BAU begrüßt Jobzuschüsse für 23500 Langzeitarbeitslose

Duisburg und am Niederrhein: 107,1 Millionen Euro gegen Dauer-Arbeitslosigkeit

Endlich wieder ein richtiger Job: Im Kampf gegen Langzeitarbeitslosigkeit bekommt die Stadt Duisburg und der Niederrhein zusätzliche 107,1 Millionen Euro aus dem Bundeshaushalt. Damit werden bis zum Jahr 2022 insbesondere Lohnzuschüsse für Unternehmen bezahlt, die Langzeitarbeitslose regulär anstellen. Das teilt die IG Bauen-Agrar-Umwelt mit. Die Gewerkschaft beruft sich dabei auf aktuelle Zahlen aus dem Bundesarbeitsministerium. Demnach erhalten die Jobcenter in ganz Nordrhein- Westfalen im Rahmen des „Teilhabechancengesetzes“ 1.365 Millionen Euro zur Förderung von Langzeitarbeitslosen. IG BAU-Bezirksvorsitzende Karina Pfau spricht von einem überfälligen „Kraftakt am Arbeitsmarkt“. Die Bundesmittel könnten dafür sorgen, einen großen Teil der Menschen, die oft seit Jahren ohne Job sind, in „Lohn und Brot“ zu bringen. Nach Angaben der Bundesagentur für Arbeit gibt es in Duisburg und am Niederrhein aktuell rund 23500 Langzeitarbeitslose. Ihre Zahl ging zwar in den vergangenen zehn Jahren zurück – „ist aber mit Blick auf die gute Lage am Arbeitsmarkt immer noch viel zu hoch“, so die IG BAU. Die Gewerkschaft begrüßt insbesondere, dass sich die Zuschüsse an Tariflöhnen statt nur am Mindestlohn orientieren.

„Langzeitarbeitslose werden nicht als Arbeitnehmer zweiter Klasse behandelt. Wenn im Betrieb ein Tarifvertrag gilt, dann werden auch sie nach Tarif bezahlt und nicht mit dem Mindestlohn von aktuell 9,19 Euro pro Stunde abgespeist“, betont Pfau.

Ein drängendes Problem in Branchen, die von körperlich harter Arbeit geprägt sind, bleibe aber weiter ungelöst: In der Langzeitarbeitslosigkeit landen nach Beobachtung der IG BAU auch viele Beschäftigte, die zu krank für eine vollschichtige Arbeit, zu gesund für die Erwerbsminderungsrente oder zu jung für die Altersrente sind. Es sei nicht einzusehen, warum langjährig Beschäftigte mit körperlichen Einschränkungen erst in die Arbeitslosigkeit gehen müssten, bevor der Staat Lohnkostenzuschüsse gewähre, so Pfau. „Besser wäre es, ihre Kompetenz im Betrieb zu halten und die Einsatzmöglichkeiten im Betrieb flexibel zu fördern. Eine passende Lösung ist das von er IG BAU vorgeschlagene Altersflexi-Geld, das jetzt schnell angepackt werden muss.“

Um Langzeitarbeitslosigkeit wirksam zu bekämpfen, sei es zudem nötig, deutlich mehr für die Qualifizierung zu tun, so die Gewerkschafterin. „Wer seit Jahren arbeitslos ist, muss erst einmal fit gemacht werden, um im Arbeitsalltag klarzukommen. Dabei ist die technische Entwicklung rasant. Auf dem Bau waren Smartphones und Tablets noch vor ein paar Jahren eine Seltenheit – heute ist der souveräne Umgang damit häufig ein Muss.“

Das seit Januar geltende Teilhabechancengesetz sieht Lohnzuschüsse für Langzeitarbeitslose für die Dauer von bis zu fünf Jahren vor. Für Menschen, die mehr als sechs Jahre lang arbeitslos waren, übernimmt das Jobcenter die Lohnkosten über drei Jahre voll. Bei Arbeitslosen, die mindestens zwei Jahre ohne Job waren, liegt der Zuschuss für Unternehmen bei 75 Prozent im ersten und 50 Prozent im zweiten Jahr. Weitere Infos gibt es im Netz auf der Seite des Bundesarbeitsministeriums: www.bmas.de/DE/Schwerpunkte/Sozialer-Arbeitsmarkt/sozialer-arbeitsmarkt

Lokalkompass



Pressespiegel

Ausgabe: 10.04.2019



Wer arbeitet hat auch Rechte

Start in die Spargelsaison

Frankfurt am Main, 09.04.2019

Die Spargelsaison hat begonnen. Immer mehr Spargelhöfe starten jetzt die Ernte des Edelgemüses. Mit dabei viele erfahrene Erntehelfer aus dem europäischen Ausland. Sie kommen in der Regel aus den östlichen Nachbarstaaten und bringen meist viel Erfahrung mit, so dass die empfindlichen Stangen beim Ernten nicht Schaden nehmen.

Die Saisonkräfte kommen regelmäßig nach Deutschland, weil hier der Lohn deutlich höher liegt als in ihren Heimatländern. Pro Stunde haben die Erntehelfer Anspruch auf den gesetzlichen Mindestlohn von 9,19 Euro. Doch trotz ihrer Kenntnisse und der harten Arbeit werden nicht alle korrekt behandelt. Manchem werden Überstunden nicht bezahlt oder ungerechtfertigte Summen für Kost und Logis vom Lohn abgezogen, berichten Betroffene bei Besuchen der Agrargewerkschaft IG BAU auf den Feldern. Andere beschwerten sich über schlechte Unterbringungen.

„Wer arbeitet, hat Rechte. Man muss sie aber erst einmal kennen, um sie geltend machen zu können“, sagt der Stellvertretende IG BAU-Bundesvorsitzende Harald Schaum. „Damit die Kolleginnen und Kollegen wissen, was ihnen zusteht und keine Angst haben müssen, dies auch einzufordern, klären wir auf. Bei den Besuchen reden wir mit den Beschäftigten. Wir geben ihnen aber auch Flyer mit den wichtigsten Rechten in ihrer Heimatsprache. Das wirkt.“ Wie bereits im vergangenen Jahr beteiligen sich Gewerkschafter*innen bei Feldbesuchen. Im gesamten Bundesgebiet geht die "Initiative Faire Landarbeit", der die IG BAU, Faire Mobilität, der Europäischen Verein für Wanderarbeiterfragen e.V. und Beratungsstellen von Arbeit und Leben angehören, zu den Erntehelfern und sprechen sie an. Die Erfahrungen haben gezeigt, dass gerade dort, wo es Missstände gibt, die Ängste offen zu sprechen groß sind. Umso wichtiger sind für die Betroffenen die Info-Flyer in ihren Muttersprachen auf Polnisch, Kroatisch, Rumänisch, Bulgarisch, Ungarisch und auf Deutsch. Diese können sie unbeobachtet mitnehmen und in Ruhe lesen. Darin finden sie auch Kontakte, für weitere Informationen und für Unterstützungsmöglichkeiten.

Lokalkompass